

Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 505

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: BAK Europa und Internationales

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

1 **haTikvah – für eine friedliche Zukunft im Heiligen Land**

2

3

4

5 I. Einleitung

6 Aus historischer Verantwortung wie auch aus tiefster liberaler Grundüberzeugung fühlen wir
7 Junge Liberale uns Israel verpflichtet. Israel ist der einzige stabile freiheitlich-demokratische
8 Staat im Nahen Osten und damit unser natürlicher Partner, Verbündeter und Freund. Die
9 Offenheit und Vielfalt der israelischen Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlichen
10 Glaubens, Geschlechts und Sexualität gleichberechtigt und in Frieden koexistieren, steht im
11 scharfen Kontrast zu den Problemen und Schwierigkeiten in weiten Teilen des Nahen Ostens.
12 Israel kann somit als Leitbild für die ganze Region fungieren und die Stärke der offenen
13 Gesellschaft demonstrieren. Daraus folgt, dass die Sicherheit Israels zurecht deutsche
14 Staatsräson ist. Unser Ziel ist deshalb die Stärkung der deutsch-israelischen Freundschaft,
15 sowohl auf zivilgesellschaftlicher wie auch auf politischer Ebene.

16 II. Außenpolitische Ansätze

17 1. Zielsetzung des Antrags

18 Seit der Staatsgründung Israels überschattet der israelisch-palästinensische Konflikt das Leben
19 beider Völker und obwohl er schon 70 Jahre alt ist, liegt eine Lösung noch in weiter Ferne. Wir
20 Julis maßen uns nicht an, die perfekte Lösung präsentieren zu können. Insbesondere empfinden
21 wir es als vermessen, als nicht unmittelbar Betroffene, den Konfliktbeteiligten eine Lösung zu
22 diktieren. Der israelisch-palästinensische Konflikt kann nur durch ergebnisoffene bilaterale
23 Verhandlungen - ggf. unter dem Dach der Vereinten Nationen - gelöst werden. Wir sehen unsere
24 Rolle darin, die Zivilgesellschaft zu stärken, in unserem außenpolitischen Handeln die Rechte
25 beider Völker angemessen zu berücksichtigen und klare Position zu beziehen, wenn unsere
26 Grundwerte betroffen sind. Dabei darf kein Zweifel aufkommen, dass für uns im Zweifel stets die
27 Sicherheit Israels an erster Stelle steht.

28 2. Förderung der Konfliktlösung durch Wirtschaftsförderung

29 Der Handel zwischen zwei Ländern oder Regionen stellt einen zentralen Bestandteil für die
30 soziokulturelle und gesamtgesellschaftliche Zusammenarbeit da. Nicht zuletzt das Projekt der
31 Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat gezeigt, dass eine Öffnung der Grenzen und
32 das Abschaffen von Handelshemmnissen die Voraussetzung für ein friedliches Mit- und
33 Nebeneinander und eine prosperierende Wirtschaft sind.

34 Auch für Israel, das Westjordanland und den Gazastreifen sehen wir im Bereich von Handel und

35 Wirtschaft eine Möglichkeit, sich auf kurz oder lang anzunähern. Vor allem wirtschaftliche
36 Kooperation hinsichtlich eines Transfers von Fach- und anderen Arbeitskräften sowie der
37 Austausch von technischem Know-how können Motor für voranschreitende
38 Friedensverhandlungen sein. Dafür ist aber nicht nur die Angleichung beider Volkswirtschaften
39 maßgeblich, sondern vor allem die perspektivische Arbeit mit lokalen Problemen wie dem
40 Wassernotstand und den sozialen Problemen.

41 Als Junge Liberale fordern wir deshalb folgende Lösungsansätze, um die Wirtschaft in Israel, im
42 Westjordanland und im Gazastreifen auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen und die
43 gesellschaftlichen und interkulturellen Hindernisse zu überwinden:

44 Erstens muss ein bilaterales Gremium eingeführt werden, was sich als übergeordnete Instanz
45 um eine Verständigung beider Volkswirtschaften kümmert. Dabei kann vor allem die Expertise
46 anderer großer Volkswirtschaften hinzugezogen werden, um ein gemeinsames Konzept für die
47 Region auszuarbeiten. Die sozioökonomischen Strukturen scheinen auf beiden Seiten

48

49

50

51

52

53

54 erheblichen Nachholbedarf zu haben. Nur bei einer zwischen- und innerstaatlichen Annäherung
55 kann von einem wirksamen und andauernden Friedensprozess ausgegangen werden.
56 Besonders sollte darauf hingewirkt werden, dass Westjordanland und den Gazastreifen von
57 internationaler Finanzhilfe unabhängig zu machen und so stabile und prosperierende
58 Volkswirtschaften zu schaffen.

59 Zweitens ist in Frage zu stellen, inwieweit das aktuelle Import- und Exportgeschäft den
60 Grundprinzipien einer sozialen und freien Marktwirtschaft folgt. Als Junge Liberale sollten wir vor
61 allem hier für eine gesunde und zukunftsorientierte Marktwirtschaft auf beiden Seiten kämpfen,
62 um den Wohlstand der Bevölkerung und die Stabilität der Gesellschaft und Region auch
63 langfristig zu gewährleisten. Dafür muss zunächst sichergestellt werden, dass es weder beim
64 Import noch beim Export Handelsbeschränkungen der einen für die andere Seite gibt, die nicht
65 der Wahrung der Sicherheitslage dienen. Nur eine liberale Handelspolitik gegenüber dem Rest
66 der Welt ermöglicht eine aufstrebende und stabile Wirtschaftspolitik. Die Liberalisierung bisher
67 eingeschränkter Handelswege und eine Zollautonomie der Palästinensischen Autonomiebehörde
68 bei gleichzeitiger Beibehaltung des zollfreien Handels zwischen Israel und den Palästinensischen
69 Autonomiegebieten (unter der die Sicherheitslage betreffenden zumutbaren Umstände) wäre
70 also der erste Schritt für eine selbstständige palästinensische Wirtschaft.

71 Drittens gilt es den Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Israel, dem Westjordanland
72 und dem Gazastreifen zu stärken. Möglich ist dies vor allem durch grenzübergreifende Think
73 Tanks und die dazugehörigen Kooperationen von Start-Ups und Ideenschmieden. Nicht zuletzt
74 die intensive Kooperation zwischen Universitäten auf beiden Seiten kann eine solche
75 Entwicklung fördern und nachhaltig sicherstellen. Denn nur mit ausreichend Innovation und
76 eigenen Ideen für Kultur, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft kann der Konflikt von Innen
77 herausgelöst werden.

78 Viertens muss die gesamte Region bzw. jene Staaten, die zu einer Zusammenarbeit mit Israel
79 bereit sind, in diese Strategie mit einbezogen werden, allen voran Ägypten und Jordanien. Dies
80 erweitert die wirtschaftlichen Perspektiven aller beteiligten Länder und stärkt den Frieden in der
81 gesamten Region nachhaltig.

82 3. Jugendpolitik

83 Wir müssen uns an die Jugend in Israel und den palästinensischen Gebieten richten und massiv
84 in Bildung, Kooperation und Austausch investieren. Ziel ist es eine mutige und liberale
85 Generation zu schaffen, die in einigen Jahren in der Lage sein wird, eine für beide Seiten
86 akzeptable Lösung zu finden. Dafür muss die Bildungspolitik darauf ausgerichtet werden Brücken
87 zu bauen und Vorurteile abzubauen. Viele Schulbücher in den Palästinensischen
88 Autonomiegebieten dämonisieren Israel und Juden. Angesichts der finanziellen Abhängigkeit der
89 Palästinensischen Autonomiebehörde von Finanzhilfen gilt es hier Druck auszuüben und
90 gleichzeitig Projekte, die Toleranz und Verständigung in den Vordergrund stellen, zu fördern.

91 4. Maßnahmen gegen Korruption in den palästinensischen Autonomiegebieten

92 Bei den internationalen Finanzhilfen für die palästinensische Autonomiebehörde ist
93 sicherzustellen, dass diese nicht in Kanälen der Korruption versinken oder zur Finanzierung von
94 Terror eingesetzt werden. Insbesondere die sog. Märtyrerrenten, die im Jahr 2016 laut Angaben
95 der Weltbank eine Höhe von ca. 300 Millionen Euro erreichten, müssen von Seiten der
96 Palästinensischen Autonomiebehörde unverzüglich abgeschafft werden. Andernfalls sollten die
97 EU-Staaten und die Vereinten Nationen ihre Hilfszahlungen einfrieren. Ferner sollten Projekte
98 unterstützt werden, die Antikorruption fördern und Transparenz bestärken. Ein erster Schritt wäre
99 dabei, das bisherige Ausmaß der Korruption zu bestimmen und offen zu legen.

100 5. Siedlungspolitik

101

102

103

104

105

106

107 Eine einseitige Anerkennung der israelischen Siedlungen im Westjordanland als Teil des
108 israelischen Staatsgebietes halten wir nicht für zielführend. Der Bau von israelischen Siedlungen
109 im Westjordanland ist ein entscheidender Punkt, der in Friedensverhandlungen zwischen Israel
110 und den Palästinensern geklärt werden muss. Während der Bau der Siedlungen von israelischer
111 Seite als notwendig für den Schutz der eigenen Grenze begründet wird, sieht die
112 palästinensische Seite diese als Hindernis für die territoriale Integrität eines künftigen eigenen
113 Staates. Ebenso wie der Siedlungsbau, muss auch der Grenzverlauf Israels zu einem
114 potentiellen palästinensischen Staat im Rahmen von Friedensverhandlungen geklärt werden. Die
115 Bewohner derjenigen Siedlungen, die sich gemäß dieses Grenzverlaufs auf palästinensischem
116 Gebiet befänden, hätten anschließend die Wahl als gleichberechtigte Bürger in Palästina zu
117 leben, oder nach Israel zurückzukehren. Eine Enteignung palästinensischer Grundbesitzer
118 zugunsten israelischer Siedler durch die israelische Regierung ist dagegen völlig inakzeptabel.
119 Einen ethnisch begründeten Bevölkerungsaustausch lehnen wir entschieden ab, ebenso die
120 Übertragung israelischen Rechts auf Siedler im Westjordanland bei gleichzeitiger Beibehaltung
121 des Militärrechts für Palästinenser.

122 6. EU-Richtlinie

123 Wir wollen die EU-Richtlinie zur besonderen Kennzeichnung israelischer Produkte aus
124 palästinensischen Gebieten abschaffen. Nach dieser Richtlinie soll nicht nur gekennzeichnet
125 werden, wo das Produkt hergestellt wurde, sondern auch, ob es von Israelis oder Palästinensern
126 hergestellt wurde. Eine solche besondere Kennzeichnung israelischer Produkte aus
127 palästinensischen Gebieten führt zu einer Stigmatisierung und darüber hinaus auch zu

128 wirtschaftlichen Einbußen - sowohl für Israelis als auch für Palästinenser. Die EU- Richtlinie in
129 ihrer aktuellen Form schadet somit der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten Region und
130 hemmt die Zusammenarbeit über ethnische Grenzen hinweg.

131 7. Palästinensische Flüchtlinge

132 Deutschland und die EU müssen die arabischen Staaten dazu drängen, die Rechtsstellung
133 Palästinensischer Flüchtlinge zu verbessern. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich
134 in die Gesellschaften ihrer jeweiligen Staaten zu integrieren und gleichberechtigte Staatsbürger
135 zu werden. Die UNRWA ist dagegen aufzulösen und die Zuständigkeit für palästinensische
136 Geflüchtete auf das UNHCR zu übertragen. Dabei ist schrittweise vorzugehen. In einem ersten
137 Schritt ist dabei der vererbare Flüchtlingsstatus abzuschaffen und ein strenges Monitoring der
138 Projekte und Finanzströme der UNRWA einzuführen, wie dies bereits bei anderen UN-Organen
139 geschieht, um einen Missbrauch der Mittel zu unterbinden. Abschließend soll die Zuständigkeit
140 für die palästinensischen Flüchtlinge schrittweise auf das UNHCR übertragen werden.
141 Deutschland und die Europäische Union sollen hierzu etappenweise für das UNRWA eingeplante
142 Mittel an das UNHCR überführen.

143 Immer wieder stechen Vertreter des UNRWA mit antisemitischen Äußerungen hervor. Diese
144 verurteilen wir aufs Schärfste und fordern die UNRWA auf, antisemitische Personen konsequent
145 ausschließen sowie die Zusammenarbeit mit derartigen Organisationen einzustellen.

146 8. Vereinte Nationen

147 Deutschland muss sich im Rahmen der Vereinten Nationen und insbesondere in seiner Rolle als
148 Nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, verstärkt gegen antiisraelische Resolutionen
149 einsetzen. So verurteilte z.B. der UN-Menschenrechtsrat Israel zwischen 2006 und 2016 61 Mal,
150 während auf alle anderen Länder zusammen nur 54 Verurteilungen fielen und Länder wie China,
151 Russland oder Saudi-Arabien kein einziges Mal verurteilt wurden. Die Rolle der Vereinten
152 Nationen als Vermittlungsinstanz zwischen Israel und Palästinensern sehen wir durch diese
153 einseitige Verurteilung Israels im Menschenrechtsrat sowie weiteren Gremien gefährdet.
154 Gleichzeitig ist zu beachten, dass die Resolutionen von Gremien wie dem

155

156

157

158

159

160

161 Menschenrechtsrat die Positionen der Mitgliedsländer widerspiegeln. Durch die Mitgliedschaft
162 oder gar den Vorsitz solcher Staaten, die wiederholt selbst Menschenrechtsverletzungen
163 begehen, verliert der Menschenrechtsrat seine Glaubwürdigkeit und Neutralität. Deutschland und
164 die Europäischen Union müssen sich deshalb für institutionelle Reformen einsetzen. So soll die
165 Wahl in den UN-Menschenrechtsrat künftig eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der
166 UN-Mitglieder erfordern.

167 III. Innenpolitische Ansätze1. Liberale und der Nahostkonflikt

168

169

170

171

172

173 Wir Junge Liberale fordern den Bundesvorstand der Julis auf, sich um eine Kooperation mit
174 liberalen Parteien in Israels wie Yesh Atid und Ha-Tnu'a zu bemühen. Dabei sollen sich
175 die Jungen Liberalen vor allem auf eine Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation dieser
176 Parteien fokussieren. Als Kooperationsmöglichkeiten bieten sich zum Beispiel gemeinsam
177 organisierte Austauschreisen mit Seminaren an. Denkbar wäre auch die stärkere Vernetzung mit
178 der Jugendorganisation vor Ort über soziale Netzwerke. Möglich sind zum Beispiel Skype-
179 Konferenzen, die vom Bundesarbeitskreis für Europa & Internationales organisiert werden. Hier
180 bietet es sich an mit dem Deutsch-Israelischen Jugendwerk zusammenzuarbeiten. Zusätzlich
181 sollten die Jungen Liberalen Möglichkeiten prüfen über den Dachverband IFLRY mit der
182 Jugendorganisation von Yesh Atid zusammenzuarbeiten und auch einen Beitritt anregen.
183 Gleichzeitig soll eine Kooperation mit der für liberale Demokratie und freie Marktwirtschaft
184 eintretenden Organisation Israel Young Conservatives angestrebt werden.

185 Genauso fordern wir die FDP auf eine stärkere Zusammenarbeit mit liberalen Parteien wie Yesh
186 Atid und Ha-Tnu'a zu etablieren. Die Freien Demokraten könnten durch eine andere Perspektive
187 auf den Nahostkonflikt bei der Ausarbeitung und Durchführung einer Lösung beratend zur Seite
188 stehen. Auch in Parlamenten sollten wir eine konstruktive Stimme sein, die diesen Konflikt
189 wirklich lösen will, anstatt durch ideologische Denkmuster diesen anzufeuern. Auch wenn die
190 FDP momentan nicht an der Regierung beteiligt ist, so lassen sich im Bundestag zum Beispiel
191 durch Anfragen oder Anträge zu dem Thema Missstände aufzeigen und eigene
192 Lösungsmöglichkeiten vorstellen. Wir fordern eine Anfrage an die Bundesregierung durch die
193 Fraktion der Freien Demokraten zur Verwendung von deutschem Steuergeld durch die
194 Palästinensischen Autonomiebehörde.

195 Des Weiteren muss auch die Kooperation der Zivilgesellschaften verstärkt werden. Denkbar
196 wäre, dass die Städte, in denen es eine FDP-Vertretung im Stadtrat gibt, anregen eine
197 Städtepartnerschaft mit Städten in Israel einzugehen. Dies soll für eine breitere Akzeptanz in der
198 Bevölkerung sorgen. Auch die Zusammenarbeit mit Organisationen in Deutschland und Israel,
199 soll verstärkt werden. In Israel wären das z.B. "Stand With Us" und "The Israel Project", in
200 Deutschland die Deutsch-Israelische Gesellschaft.

201 2. Maßnahmen gegen Antisemitismus und Antizionismus

202 Wir Jungliberalen stellen uns ganz klar gegen jeden Antisemitismus und dazu gehört heute auch
203 seine moderne Ausprägung als Antizionismus welcher sich immer häufiger als sogenannte
204 "Israelkritik" tarnt. Der Kampf gegen Antisemitismus darf kein Lippenbekenntnis bleiben, deshalb
205 fordern wir konkrete Schritte und Taten damit Antisemitismus keinen Platz in unserer
206 Gesellschaft hat. Deshalb fordern wir:

207 1. Kein Boykott von Israel: Die antisemitische BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions)
208 fordert seit geraumer Zeit den Staat Israel international zu isolieren und ruft in vielen Ländern
209 und immer stärker auch bei uns in Deutschland zu Boykottmaßnahmen auf. Der BDS fordert
210 nicht nur den Boykott von Waren und Dienstleistungen, sondern beispielsweise auch den von
211 Musikern, Wissenschaftlern, Sportlern und Zivilisten. Hier zeigt die Kampagne ihr wahres Gesicht
212 und macht Israel zum "Juden unter den Staaten". Wer heute unter der Fahne der BDS-Bewegung
213 zum

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223 Boykott israelischer Waren, Dienstleistungen, Wissenschaft und Kultur aufruft, der spricht in der
224 gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu
225 kaufen. Dies ist nichts anderes als tiefster Antisemitismus, wie ihn schon die Nationalsozialisten
226 als "Judenboykott" instrumentalisiert haben. Mit BDS kommt der Antisemitismus als
227 Antizionismus daher, doch auch in neuen Kleidern des 21. Jahrhunderts bleibt Judenhass. Daher
228 müssen alle notwendigen Anstrengungen darauf gerichtet werden, dieser Form des
229 Antisemitismus und der aggressiven Feindlichkeit gegenüber Israel entschieden entgegen zu
230 treten. Deshalb missbilligen die Jungen Liberalen die BDS-Kampagne und ihre Aktivitäten und
231 verurteilt diese als zutiefst antisemitisch. Wie bereits in den Städten Frankfurt, München und
232 Berlin geschehen, muss diese antisemitische Kampagne verurteilt, aus städtischen Räumen
233 verbannt und etwaige finanzielle Unterstützung für BDS und Partnerorganisationen eingestellt
234 werden. Wir fordern auch die FDP auf, die BDS-Kampagne als antisemitisch einzustufen und zu
235 prüfen inwieweit eine Überwachung durch den Verfassungsschutz erforderlich ist.

236

1.

237 Eintreten gegen jeden Antisemitismus: Wir beobachten mit Bedauern die Anhäufung
238 antisemitischer Vorfälle in Deutschland, erinnern aber daran, dass Antisemitismus kein
239 neues Phänomen ist. Die Synthese von verschiedenen Antisemitismen ergibt eine
240 gefährliche Gemengelage. Neben dem Antisemitismus aus rechten Milieus nehmen auch
241 die Ressentiments in der gesellschaftlichen Mitte zu. Dazu kommt, dass durch
242 Zuwanderung von Menschen, die aufgrund der antiisraelischen Staatsräson ihrer
243 Herkunftsländer antisemitische Einstellungen vertreten, die Verbreitung solchen
244 Gedankenguts auch in Deutschland zunimmt. Deshalb rufen wir Islamverbände und
245 Moscheen dazu auf viel stärker gegen Antisemitismus insbesondere bei Jugendlichen
246 vorzugehen. Dazu wollen wir

247 unterstützen und mit ihnen in den Dialog treten. Dagegen sind wir der Überzeugung, dass
248 Imame, die Judenhass predigen, Moscheen, die das zulassen und Verbände, die das
249 heimlich akzeptieren, hier weder willkommen noch geduldet sind. Bei Zugewanderten
250 plädieren wir für eine Null-Toleranz-Grenze bei antisemitischen Straftaten und fordern die
251 konsequente Anwendung des Aufenthaltsgesetzes, das vielfach eine Abschiebung
252 ermöglicht. Darüber hinaus vertreten wir die Rechtsauffassung, dass das Verbrennen
253 israelischer Flaggen vom Straftatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 Abs. 1 StGB
254 erfasst ist.

255

2.

256 Wir wollen Zusammentreffen von Geflüchteten und Juden fördern, um Vorurteile
257 abzubauen und Verständnis aufzubauen. Solche Treffen sollten fester Bestandteil von
258 Integrationskursen werden.

259 3. Bildungspolitische Maßnahmen

260 Eine der wichtigsten Institutionen zur Bekämpfung von antisemitischen und antizionistischen
261 Vorurteilen ist die Schule. Sie ist häufig der erste Ort, an dem junge Menschen mit der Shoah in
262 Kontakt kommen. Die Aufbereitung des Unterrichtes ist hier von besonderer Bedeutung. Es muss
263 sichergestellt werden, dass die Behandlung mit der Shoah nicht ausschließlich über Schulbücher

264 und Texte erfolgt. Wir sollten jede Gelegenheit nutzen, Zeitzeugen in die Schulen einzuladen, um
265 ihre Erfahrungen zu schildern und Fragen der Schüler zu beantworten. Es ist leider
266 unausweichlich, dass bereits in wenigen Jahren keine Zeitzeugen mehr am Leben sein werden.
267 In den Curricula sollten so viele praktische und anschauliche Elemente wie möglich eingebaut
268 werden. Es ist löblich, dass viele Schule bereits Partnerschulen in Israel haben und auch
269 Besuche von Konzentrationslagern oder anderen Gedenkstätten der Schoah sind in Deutschland
270 vielerorts bereits an der Tagesordnung. Es ist wichtig, dass nicht nur ein Bewusstsein für die
271 Schoah an sich, sondern auch für die daraus erwachsende Verantwortung vermittelt wird. Die
272 Schoah ist ewige Verpflichtung Deutschlands, als Land der Täter. Daraus erwächst ein hoher
273 Anspruch an den Unterricht, der sich mit dem Nahostkonflikt beschäftigt. Dieser gehört zu einem
274 reflektierten Geschichtsbewusstsein. Eine entsprechende Verankerung der Inhalte in den
275 Kerncurricula für Geschichte und mit aktuellem Bezug auch im Fach Sozialwissenschaften oder
276 Politik-Wirtschaft ist entscheidend. In den Politikunterricht

277

278

279

280

281

282

283 liberale Muslime und Islamverbände viel stärker

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293 gehören auch die ganz aktuellen Herausforderungen mit Antizionismus und Antisemitismus. Eine
294 sachliche Debatte, in der Schüler auch ernst genommen werden, ist hier erforderlich.
295 Verschiedene Argumentationslinien, vom rechten bis zum linken Antisemitismus müssen, gerade
296 in den höheren Jahrgangsstufen dargestellt und entkräftet werden. Es ist auch im Fach
297 Geschichte entscheidend die Schoah in den historischen Kontext einzugliedern. Die Schoah kam
298 nicht aus dem Nichts. Ihr ging eine lange Geschichte antisemitischer und antijudaistischer
299 Ereignisse, Organisationen und Personen voraus, die bereits mit der Ansiedlung der ersten
300 jüdischen Gemeinden zu Beginn des zweiten Jahrtausends nach Christus beginnt. Auch
301 die Lektüre von Ausschnitten aus "Mein Kampf" kann notwendig sein um die Grundlage der
302 Schoah zu verstehen und deutlich zu machen, dass die Politik der Nationalsozialisten eine
303 ideologische Grundlage hatte. Für das Verständnis der Diaspora, der Vorurteile gegenüber
304 Juden in den letzten 1000 Jahren und letztendlich auch der Shoah ist neben Inhalten in allen
305 Jahrgängen auch ein Verständnis der jüdischen Religion bedeutend. Häufig verlassen Schüler
306 die Schule mit Kenntnissen und Verständnis der Schoah, ohne jedoch das Judentum verstanden
307 zu haben. Das Judentum muss daher verstärkt in die Kerncurricula der konfessionellen Fächer

308 und des Faches Ethik oder Werte und Normen eingebunden werden. Wir wünschen uns dabei
309 explizit auch Kooperationen mit jüdischen Gemeinden und versprechen uns so auch einen
310 verstärkten Austausch zwischen Juden und Anders- bzw. Nichtgläubigen.

311 Begründung: erfolgt mündlich

312

313

314

315

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.